

**Wahlprogramm**  
**zur Landtagswahl 1998**  
der Freien Demokratischen Partei  
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern  
  
**„Durch Reformen Arbeit und Zukunft“**

---

Quelle/Zitierweise: ADL, Druckschriftenbestand; Signatur D1-3500  
Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-238

**F.D.P.**  
Die Liberalen

Es ist Ihre Wahl.

**F.D.P.**  
Die Liberalen

Es ist Ihre Wahl.

F.D.P. Mecklenburg-Vorpommern

Geschäftsstelle: Bergstr. 37, 19055 Schwerin, Telefon: (0385) 56 29 54, Fax: (0385) 5 57 46 65

*„Durch Reformen Arbeit und Zukunft“*

**Programm  
zur Landtagswahl 1998**

**Freie Demokratische Partei  
Mecklenburg-Vorpommern**

## Vorwort

Liebe Wählerinnen und Wähler,

am 27. September 1998 entscheiden Sie mit Ihren **beiden Stimmen** über die Zusammensetzung des Landtages in Mecklenburg-Vorpommern in seiner 3. Legislaturperiode und damit über die Zukunft unseres Bundeslandes.

Die F.D.P. hat als erste gesamtdeutsche Partei auch in Mecklenburg-Vorpommern ihre Kompetenz besonders in Wirtschafts- und Sozialfragen unter Beweis gestellt. Wir möchten Sie deshalb anregen, die Ergebnisse der zu Ende gehenden Legislaturperiode kritisch zu betrachten und den Blick nach vorn zu richten. Außer Stillstand und gegenseitiger Blockade der Regierungspartner CDU und SPD oder dem Aufbauschen von Problemen durch die PDS steht nichts auf der Habenseite der gegenwärtigen Landespolitik.

Mit Ihrer Entscheidung bestimmen Sie die zukünftige Landespolitik. Machen Sie Schluß mit der hohen Arbeitslosigkeit. Die F.D.P. will Unternehmen und Bürger von den viel zu hohen Steuern und Abgaben entlasten, denn nur so wird in neue Arbeitsplätze investiert. Die F.D.P. will mit einer Bildungsoffensive die Zukunftschancen der jungen Menschen verbessern. Die F.D.P. will einen schlanken, aber starken Staat, der den Bürger in Entscheidungen einbezieht, statt ihn im Bürokratiedschun gel versinken zu lassen.

Die F.D.P. sagt Ihnen mit Ihrem Wahlprogramm nicht nur, daß sie bereit ist, sondern auch wozu. **Wir wissen: Wir können uns nicht bei allen beliebt machen. Wir möchten, daß Sie sich von der Gefälligkeitsdemokratie verabschieden, die allen alles verspricht. Wir**

wollen die Verantwortungsdemokratie: Jeder ist für das Ganze mitverantwortlich. Damit muten wir Ihnen mehr zu, weil wir Ihnen mehr zutrauen. Wir wollen, daß Sie wissen, wofür die F.D.P. steht. Die F.D.P. steht für Freiheit und Verantwortung, für eine berechenbare Zukunft Mecklenburg-Vorpommerns. Dafür werben wir offen und ehrlich und ohne schönen Schein.

Denken Sie also bei Ihrer Entscheidung daran:  
Es sind Ihre Steuern. Es ist Ihre Schule. Es ist Ihr Leben. Es ist Ihr Land. Es ist Ihre Wahl.

Die Mandate im Landtag werden je zur Hälfte über Ihre **Erst- und Zweitstimme** besetzt. In der Regel ziehen die Direktkandidaten der „Volksparteien“ die meisten **Erststimmen** auf sich und damit in den Landtag ein. Die Stimmen für die unterlegenen Kandidaten eines Wahlkreises werden jedoch nicht auf das Gesamtergebnis der betreffenden Partei angerechnet und gehen ihr somit verloren. Geben Sie der F.D.P. vor allem Ihre **Zweitstimme**, weil mit dieser Stimme über die Landeslisten der Parteien die Mandate der zweiten Parlamentshälfte besetzt werden. Wenn Sie unseren Kandidaten wählen wollen, machen Sie Ihr Kreuz bei ihm und bei der F.D.P. Aber machen Sie es vor allem bei der F.D.P., wenn Sie wollen, daß die Liberalen die Zukunft Mecklenburg-Vorpommerns im Landesparlament mitgestalten.

**Detlef Thomaneck**  
Landesvorsitzender und  
Spitzenkandidat  
auf der Landesliste der F.D.P.  
Mecklenburg-Vorpommern

# Wahlprogramm zur Landtagswahl 1998 „Durch Reformen Arbeit und Zukunft“

## I.

### Chancen schaffen - Probleme lösen

Die Schaffung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze ist die zentrale Herausforderung für Staat und Gesellschaft. Wenn Arbeitsplätze sicher sein und wenn mehr Arbeitsplätze auf Wachstumsmärkten entstehen sollen, müssen alle bereit sein umzudenken.

Arbeitslosigkeit zehrt an der Substanz des verfügbaren Einkommens. Kinder sind die Zukunft der Gesellschaft, aber nicht einmal die Jugend findet Arbeit und damit einen Einstieg ins Erwerbsleben. Die Gesellschaft refinanziert sich nicht mehr selbst. Der Wechsel auf die Zukunft wächst.

Ohne grundlegende Veränderungen im System der Löhne und der sozialen Sicherung geht die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft verloren und rückt der wirtschaftliche Aufschwung in weite Ferne. Deshalb müssen Politik und Gewerkschaften den Menschen in unserem Land endlich diese Wahrheit sagen.

Die Gesellschaft verbraucht immer mehr Reserven, um ihren Unterhalt zu bestreiten. Dies gilt für alle Lebensbereiche. Das Kostenrisiko für das Alter steigt ständig. Der Generationenvertrag wird nicht mehr erfüllt, weil Kinder die Familien finanziell stark belasten. Aber Kinder sichern den Fortbestand der Gesellschaft. Ihre künftige Arbeit garantiert die soziale Sicherheit der heutigen Leistungsträger im Alter.

Jede Generation darf nur verbrauchen, was sie selbst erarbeitet, um die Freiheitschancen und Entfaltungsmöglichkeiten der nächsten Generation nicht zu

gefährden und sie nicht mit den Schulden ihrer Eltern und Großeltern zu belasten. Seit Jahren werden in Deutschland und besonders in Mecklenburg-Vorpommern weniger Arbeitsplätze geschaffen als abgebaut. Die Auswirkungen sind in den neuen Ländern besonders deutlich, da hier die strukturellen Voraussetzungen für eine soziale Abfederung in den wenigen Jahren seit der Wiedervereinigung noch nicht gewachsen sind. **Dieser Trend muß umgekehrt werden.**

Die F.D.P. Mecklenburg-Vorpommern fordert deshalb:

Steuern, Ausbildung und soziale Steuerungsmechanismen sind neu zu ordnen. Ethische, moralische und gesellschaftliche Werte sind neu zu bestimmen und auf die Zukunft auszurichten.

Die Staatsverschuldung darf nicht weiter steigen. Der Staat muß sich aus wirtschaftlicher Tätigkeit zurückziehen und sich darauf beschränken, wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

Der Staat hat ein gesellschaftliches Umfeld zu schaffen, das der persönlichen und wirtschaftlichen Entfaltung mehr und neue Freiräume eröffnet. Die Lasten für die Leistungsträger in der Gesellschaft müssen gesenkt werden, damit sich Leistung wieder lohnt. Ein grundlegender Umbau der Regelsysteme ist notwendig. Immer neue Bestimmungen und Verordnungen, die allenfalls Symptome kurieren, helfen nicht.

## II.

### Mecklenburg-Vorpommern braucht die F.D.P.

Seit mehr als drei Jahren fehlt in Mecklenburg-Vorpommern die F.D.P. bei der Gestaltung der Landespolitik. Die große Koalition hat dem Land vier Jahre Stillstand gebracht. Anstatt gemeinsam notwendige Entscheidungen für die Zukunft zu treffen, blockieren sich die Koalitionspartner gegenseitig.

Dem Land hat diese Politik geschadet. Es gehört heute zu den strukturschwächsten Bundesländern. Die Arbeitslosen Zahlen in einigen Landkreisen sind die höchsten der Bundesrepublik Deutschland. Bei den Menschen breitet sich Resignation aus. Die CDU/SPD-Koalition ruht sich auf den Erfolgen der CDU/F.D.P.-Regierung aus der ersten Wahlperiode nach der Wende aus.

Nach Jahrzehnten sozialistischer Rundumbetreuung wollen die Menschen über sich und ihr Leben selbst bestimmen und nicht andere bestimmen lassen. Sie ha-

ben erkannt, daß die Freiheit des einzelnen, die freie Entfaltung der Persönlichkeit und der Schutz von Minderheiten nur durch Gewaltenteilung und Rechtsbindung aller staatlichen Gewalt garantiert werden kann. **Dies sind die Kernziele der Liberalen.**

Die F.D.P. als Partei liberaler Reformen nennt die Dinge beim Namen. Sie wendet sich gegen die Gefälligkeitspolitik, in der sich CDU/SPD-Regierung und PDS-Opposition derzeit überbieten und damit die Zukunft des Landes und seiner Menschen verspielen. Denn einen Wettbewerb der Versprechungen, bei dem alles in Aussicht gestellt wird, kann das Land ebenso wenig finanzieren wie grüne Öko-Romantik.

Die F.D.P. richtet sich nach den Realitäten. Nur eine am Notwendigen und Machbaren orientierte Reformpolitik kann eine Trendwende in Mecklenburg-Vorpommern herbeiführen.

## III.

### Der liberale Weg für Mecklenburg-Vorpommern

#### 1. Wirtschaft schafft Arbeit

Vorrangige Aufgabe liberaler Wirtschaftspolitik ist die Schaffung neuer und die Bestandssicherung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze in allen Wirtschaftszweigen in Mecklenburg-Vorpommern. Hierzu sind grundsätzliche landespolitische Entscheidungen zu treffen. Ebenso ist auf bundespolitische Entscheidungen Einfluß zu nehmen. Mecklenburg-Vorpommern braucht ein landesspezifisches Wirtschaftskonzept, an dem sich inländische wie ausländische Investoren verlässlich orientieren können.

Die Senkung von Steuern und Lohnnebenkosten ist eine Voraussetzung für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Staatliche und bürokratische Einflüsse zu La-

sten der Unternehmen müssen abgebaut werden. Unternehmen sind nicht kostenlose Erfüllungsgehilfen für staatliche Bürokratie.

Die F.D.P. fordert :

- Lohnnebenkosten müssen durch einen kostensenkenden Umbau der Sozialversicherungssysteme zurückgeführt werden.
- Maschinenlaufzeiten sind zu verlängern, um Investitionen auszunutzen. Die Arbeitszeiten müssen flexibler werden. Die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen hat Vorrang vor dem Festhalten an Flächentarifen.

- Unternehmensgründungen und -ansiedlungen dürfen nicht durch umständliche und langwierige Förder-, Planungs- und Genehmigungsverfahren behindert werden. Anstatt neue Vorschriften zu schaffen, sind die bestehenden zu vereinfachen.

- Die in den ersten Arbeitsmarkt fließenden Finanzmittel sind weiter aufzustocken. Der zweite Arbeitsmarkt (z.B. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) sollte grundsätzlich als Stütze des ersten Arbeitsmarktes verstanden werden und sich nicht als dessen Konkurrenz verselbständigen.

### Offensive für unternehmerische Selbständigkeit und Innovationskraft

Neue Arbeitsplätze entstehen überwiegend in neugegründeten Unternehmen im Mittelstand. Die Schaffung von Rahmenbedingungen für diesen Wirtschaftsbereich hat für die F.D.P. Vorrang.

Die F.D.P. fordert deshalb:

- Risikokapitalfonds für Existenzgründungen und zur Sicherung von klein- und mittelständischen Unternehmen sind kurzfristig einzurichten. Das Gründungskapital ist steuerlich freizustellen.

- Für Produktentwicklungsvorhaben sind Abschreibungsmöglichkeiten zu schaffen.
- Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse (520-DM-Jobs) sind beizubehalten. Sie nützen Arbeitnehmern und Arbeitgebern.
- Staatliche Förderung soll auf wirtschaftliche Ergebnisse zielen und darf nicht dem Bestandsschutz von Großbetrieben dienen.

### Innovation als Zukunftschance

Gezielte Innovationspolitik ist ein Grundpfeiler der Wirtschaftspolitik. Nur neue Technologien fördern die Zukunftsfähigkeit des Landes.

Es muß Schluß sein mit Subventionen für veraltete Technologien. Gefördert werden muß die Entwicklung neuer, wettbewerbsfähiger Verfahren und Produkte in Hochschule, Industrie und Gewerbe. Deshalb muß die Ausbildung an Universitäten, Hochschulen und Fachhochschulen verstärkt praxisorientiert und innovativ sein. Mit Landesmitteln - nur als Anschubfinanzierung - ist eine Stiftung für Forschung und Entwicklung in freier Trägerschaft der Wirtschaft des Landes zu schaffen.

Eine weitere Voraussetzung für die Innovationsförderung ist eine bessere Abstimmung zwischen den Verwaltungsbereichen, die mit Wirtschaftsförderung, Technologie und Wirtschaft befaßt sind. Ziel der Innovationsförderung ist eine entscheidende Verbesserung des Technologie- und Wissenstransfers auch durch Straffung der Verwaltungswege.

Neue Technologiefelder im Verkehrs- (z.B. Transrapid) und Kommunikationsbereich, in der Biotechnologie sowie der Pflanzenzüchtung sind vorrangig zu entwickeln. Als Standort für den Bau des Airbus A 3 XX soll Mecklenburg-Vorpommern gewählt werden.

### Mehr Beschäftigung durch zukunftsgerichtete Steuer- und Finanzpolitik

Strukturwandel und Neuorientierung der Wirtschaft erfordern noch lange Zeit nachhaltige Förderung durch Bund und Land. Struktur- und arbeitspolitische Maßnahmen dienen dazu, den wirtschaftlichen Niedergang ganzer Regionen zu vermeiden und der Ausgrenzung von leistungsfähigen und leistungswilligen Bür-

gern entgegenzuwirken. Mit Starthilfen für Unternehmen und durch berechenbare Förderbedingungen ist für verstärkte private Investitionen in Mecklenburg-Vorpommern zu werben. Die Förderpolitik im Lande ist transparenter zu gestalten, und ihre Kriterien sind zu vereinfachen.

Vor allem ist sicherzustellen, daß Finanz- und Steuerpolitik Anreize schaffen. Der Steuerzahler muß erkennen können, wofür sein Geld eingesetzt wird.

Aus diesen Gründen fordert die F.D.P. für unser Land:

- Die Förderpolitik in Mecklenburg-Vorpommern ist stärker zu koordinieren. Hierzu sind einfach anwendbare Förderbestimmungen nötig.
- Die Landespolitik muß über eine gezielte Außenwirtschaftsoffensive neue Wirtschaftsräume erschließen.
- Die Kommunen sollten mit den notwendigen Mitteln so ausgestattet wer-

den, daß sie in der Lage sind zu investieren.

- Durch ein „Bürgergeld“ ist die Einkommensteuer mit den steuerfinanzierten Sozialleistungen zusammenzuführen. Nur eine einzige Behörde - das Finanzamt - soll die Steuern einziehen. Dabei wird ein Teil als Freibetrag angerechnet oder - an die sozial Schwachen - als „Bürgergeld“ (Negativsteuer) ausbezahlt.

Die F.D.P. will langfristig eine Senkung der Gesamtbelastung der Bürger von Steuern und Abgaben erreichen. Die Belastung darf nicht mehr als ein Drittel aller ihrer Einnahmen betragen.

### Neue Beschäftigungschancen erschließen

Besonders große Chancen sieht die F.D.P. im klein- und mittelständischen Bereich sowie im Tourismus und im Dienstleistungssektor. Die Bereitschaft der Unternehmen zu Neueinstellungen ist durch geeignete Maßnahmen zu fördern.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Überstundenfonds, flexible Arbeitszeiten sowie flexibler Kündigungsschutz sind einzuführen. Die derzeitigen Regelungen des Kündigungsschutzes sind auf Betriebe mit bis zu 50 Beschäftigten zu erweitern.
- Die Zumutbarkeit einer durch das Ar-

beitsamt zugewiesenen Arbeit ist neu zu bewerten.

- Die Eigenverantwortung des Arbeitnehmers im Unternehmen ist durch Investivlohnkomponenten zu stärken.
- Bei Arbeitsverhältnissen in Privathaushalten muß die Abführung der Sozialbeiträge erleichtert werden.
- Arbeitnehmerüberlassungen von Zeitarbeitsfirmen müssen auch für das Bauhauptgewerbe möglich sein. Die Einschränkung auf Baunebengewerbe ist abzuschaffen.

### Mehr Beschäftigung durch mehr Wettbewerb

Die F.D.P. setzt sich insbesondere dafür ein, daß

- wettbewerbsfeindliche Regelungen abgeschafft werden;
- kommunale Eigenbetriebe und staatliche Einrichtungen von Land und Kommunen ohne hoheitliche Aufgaben privatisiert werden;
- die Wettbewerbsfähigkeit des Handwerks unter Beachtung der europäischen Marktöffnung gesichert wird;

- die Vorteile der Abschaffung des Ladenschlußgesetzes nicht durch eindämmende Regelungen wieder aufgehoben werden.

Wir wenden uns ganz entschieden gegen Scheinprivatisierungen von kommunalen Unternehmen, indem sie z.B. 100%ige Töchter der Kommunen werden - oft auch zu Lasten der Kommunalhaushalte - und deren Geschäftsführungen keinerlei unternehmerisches Risiko tragen.

## Verkehrsinfrastruktur und Fremdenverkehr weiterentwickeln

Die Wettbewerbsfähigkeit eines Standortes ist abhängig von seiner Einbindung in die Verkehrsinfrastruktur. Das Verkehrsaufkommen hat sich in allen Verkehrsbereichen wesentlich erhöht. Das gestiegene Transportaufkommen der Wirtschaft sowie der stark angewachsene Individualverkehr müssen verkräftet werden. Deshalb ist im Rahmen einer überregionalen Verkehrsanalyse ein Verkehrsentwicklungsplan für unser Land einschließlich einer Flughafenplanung und einer zweiten Rügenanbindung zu erstellen.

Kernpunkte für Liberale sind dabei:

Der Durchgangsverkehr von und nach Skandinavien und dem Baltikum ist durch Investitionen für die Häfen an unser Land zu binden. Der Bau der Küstenautobahn A 20 ist dringend abzuschließen. Orts-

umgehungen und kurze Verbindungen zwischen den Wohngebieten der Städte sind zügig in Angriff zu nehmen bzw. zu vollenden. Der Öffentliche Personennahverkehr (Bus und Bahn) muß attraktiver gestaltet werden, um Individualverkehr zu vermeiden, insbesondere durch eine bessere Vernetzung und Verkehrsverbünde im weiträumigen ländlichen Gefüge Mecklenburg-Vorpommerns. Die Hauptstrecken der Bahn sind auszubauen, um den Gütertransport per LKW mit seinen steigenden Belastungen für Umwelt und Bürger abzufangen.

Der Fremdenverkehr ist umweltverträglich und landesangepaßt zu entwickeln. Der touristischen Attraktivität des Landes fehlt immer noch eine bedarfsorientierte Infrastruktur, die die natürlichen Vorzüge von Ostsee und Binnenland über die Saison hinaus ergänzt.

## Sichere Arbeitsplätze auf dem Lande

Der größte Teil der Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns lebt auf dem Lande oder in kleinstädtischer Umgebung. Der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft kommt traditionell besondere Bedeutung zu. Entsprechend hat die Umstellung auf marktwirtschaftliche Verhältnisse hier zu einem besonders großen Verlust an Arbeitsplätzen geführt.

Der bevorstehende Beitritt der mittel- und osteuropäischen Reformländer, die über große Produktionsressourcen verfügen, zur Europäischen Union (EU) und der verschärfte globale Wettbewerb erfordern eine grundlegende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik mit dem Ziel eines völligen Abbaus aller produktbezogenen Beihilfen. Die jahrzehntelange Überproduktion der Landwirtschaft durch garantierte Preise auf Kosten der Steuerzahler ist nachhaltig abzubauen. Die Preise sind dem Weltmarkt anzupassen.

Die großräumige Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns hat die besten Voraussetzungen in ganz Deutschland, zu einer Kostenstruktur zu gelangen, die

sie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig macht. Dennoch muß die Landwirtschaft z.B. für die Erhaltung der Kulturlandschaft, für Umweltschutz und Landschaftspflege zugleich Leistungen erbringen, die auf dem Markt nicht gehandelt werden und durch direkte Einkommenszuschüsse auszugleichen sind.

Die F.D.P. fordert deshalb:

- eine neue Beihilfepolitik der EU, des Bundes und des Landes, die zu einer marktorientierten, wettbewerbsfähigen und umweltverträglichen Produktion führt und die eine extensive und landschaftsangepaßte Viehwirtschaft flächen- und arbeitskraftbezogen einschließt;
- eine standort- und landschaftsbezogene Vergütung der Leistungen der Landwirte für die Erhaltung der Kulturlandschaft, für Umweltschutz und Landschaftspflege durch dezentrale Förderung im Rahmen der EU-Regionalfonds nach einem arbeitskraft- und flächenbezogenen Schlüssel;

- eine nachhaltige Verbesserung und Angleichung des Tier- und Umweltschutzes auch bei Tiertransporten innerhalb der EU und aus dem EU-Gebiet heraus;

- eine Erweiterung des unternehmerischen Handlungsspielraumes der Landwirte durch Abbau und Dezentralisierung der Bürokratie in der Gemeinsamen Agrarpolitik;

- Anreize für unternehmerische Tätigkeit
  - nicht nur der Landwirte - im ländlichen Raum durch außerlandwirtschaftliche Erwerbsalternativen im Tourismus, im Handwerk, in der Landschaftspflege und durch Ansiedlung gewerblicher Arbeitsplätze.

Von der Landespolitik fordert die F.D.P. insbesondere:

- eine liberale Bodenpolitik, die der Verlagerung der Bewirtschaftungsgrundlage vom Eigentum zur Pacht Rechnung trägt;

- die Sicherung und Verbesserung der Marktfruchtstandorte durch Förderung der Anlage von Feldgehölzen, Hecken und Knicks;

- ein Konzept zur behutsamen Vernäsung überschwemmungsgefährdeter Niedermoor- und zur Renaturierung von Hochmoorstandorten und natürlicher Flußläufe;

- eine konsequente Orientierung der Forstpolitik an naturnahem Waldbau

und natürlicher Bewaldung minderwertiger Böden sowie eine weitestgehende Privatisierung der staatlichen Waldbewirtschaftung;

- die Förderung des Anbaus und der Verarbeitung nachwachsender Rohstoffe sowie die Nutzung erneuerbarer Energien;

- die Nutzung aller Bodenschätze, soweit dies wirtschaftlich und umweltverträglich möglich ist;

- den Bau und die konsequente Förderung von Wander-, Rad- und Reitwegen, insbesondere auch im Landeswald;

- die landschaftsangepaßte Überplanung von Wald und minderen Ackerstandorten für die Eigenheim- und Ferienhausbebauung;

- einen beschleunigten und intensiven Ausbau der landwirtschaftlichen Verarbeitungsindustrie, die es gewährleistet, daß die landwirtschaftlichen Primärprodukte vorrangig in heimischen Unternehmen auf hohem internationalen Standard und damit exportträchtig veredelt werden.

**Die F.D.P. Mecklenburg-Vorpommern fordert eindringlich, die Diskussion um die Bodenreform endlich zu beenden. Ein besserer Kompromiß als das Entschädigungs- und Ausgleichleistungsgesetz und die Flächenerwerbsverordnung ist nicht erreichbar.**

## 2. Ideen sichern Zukunft

**Mecklenburg-Vorpommern verfügt über eine einmalige Landschaft und Natur, seine Menschen haben einen hohen Ausbildungsstand und seine Hochschulen eine reiche Tradition.**

**Die Eigenständigkeit und die Eigenarten des Landes müssen zukunftsträchtig bewahrt und genutzt werden. Technisch-wissenschaftliche und zugleich umweltorientierte Innovationen von heute bedeuten Chancen für morgen. Forschungs- und Entwicklungskapazitäten sind zu nutzen und weiter auszubauen. Für einen effektiven Innovations- und**

**Technologietransfer sind die Rahmenbedingungen zu schaffen. Vor allem gilt es deshalb, durch eine zukunftsorientierte Bildungs- und Wissenschaftspolitik kommenden Generationen eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen. Ein positives Verständnis von Technik und Naturwissenschaften gehört dazu ebenso wie der Wille zu Selbständigkeit, Eigeninitiative und Verantwortung. Die Befähigung, die Vielfalt der Menschen und ihrer Kulturen zu verstehen und danach zu handeln, ist für das Leben in einer immer enger zusammenwachsenden Welt nicht mehr wegzudenken.**

## Das Schulsystem - effizient, gerecht und kinderfreundlich

Eine fundierte Bildung ist für jeden Menschen eine wichtige Grundlage für ein selbstbestimmtes und erfolgreiches Leben in der Gesellschaft. Das gegenwärtige Schulsystem in Mecklenburg-Vorpommern berücksichtigt nicht ausreichend die individuellen Lebenspläne der Schüler und verschenkt Möglichkeiten, auf die Zukunft in einem vereinten Europa besser vorzubereiten.

Bildungsinhalte und Bildungswege sind neu zu überdenken. Der einzelne muß sie eigenständig und in eigener Freiheit und Verantwortung bestimmen können. Bei besonderer Begabung muß der vorzeitige Schulabschluß ermöglicht werden. Jeder, auch ein besonders Begabter oder ein Behinderter, muß in die Lage versetzt werden, auf der Basis einer sicheren Grundbildung inhaltlich und zeitlich individuell gestaltete Schulabschlüsse zu erreichen. Individualität und Qualität der Bildung müssen gegenüber Uniformität und Quantität Vorrang haben. Gleichmacherei und die staatliche Bevorzugung eines Schultyps sind auszuschließen. Es gilt, die Voraussetzungen zu schaffen, daß ein vielfältiges und durchlässiges Schulangebot entsteht und tatsächlich genutzt werden kann, vor allem auch Schulen in freier Trägerschaft.

Eine Kernforderung der F.D.P. im schulischen Bildungswesen ist die Beibehaltung der Hochschulreife nach Abschluß

der 12. Klasse. Die Einführung des 13. Schuljahres im Schulgesetz Mecklenburg-Vorpommerns ist zukunftsfeindlich.

Für die Schule gilt:

- Staatliche Kontrolle der Bildungseinrichtungen wird auf hoheitliche Aufgaben beschränkt. Staatliche Rahmenvorgaben machen die Schulen vergleichbar.
- Schulen müssen die Verantwortung für ihren Haushalt erhalten.
- Mit der Durchsetzung der Idee des Bildungsgutscheins will die F.D.P. den Wettbewerb der Schulen um Qualitätsprofile anregen und herausfordern. Durch Gesetzesänderungen, besonders der Kommunalverfassung, wird dann eine wirklich freie Schulwahl der Eltern und Schüler in Mecklenburg-Vorpommern möglich.
- Kinder haben unabhängig vom Elternhaus und von der Gemeinde, in der sie wohnen, ein gleiches Recht auf einen bezahlbaren Platz in einer Kindertagesstätte. Eltern, die sich um ihre Kinder kümmern, müssen auf dem Arbeitsmarkt vermittelbar sein.
- Die Schule muß auch Freizeitangebote machen und sich diesen als örtliches Zentrum öffnen.

## Berufliche Bildung sichert den Wirtschaftsstandort

Das Recht auf Bildung schließt das Recht auf Berufsbildung ein. Wir sprechen uns für eine vorrangige Förderung der betrieblichen gegenüber der außerbetrieblichen Ausbildung aus.

Industrie, Handwerk und Handel, Dienstleistung und Verwaltung dürfen sich nicht aus ihrer Verantwortung für Ausbildungsplätze stehlen. Eine Ausbildungsplatzabgabe lehnen wir ab, weil sie zu neuen Belastungen der Betriebe führt.

Die F.D.P. hält am dualen Ausbildungssystem fest. Wir brauchen jedoch eine betriebsnähere und arbeitsmarktgerechtere Ausbildung. Erforderlich ist eine stärkere Differenzierung und Flexibilisierung der Ausbildung. Neue Berufsbilder sind notwendig, um den künftigen Anforderungen schneller Rechnung tragen zu können. Das verlangt eine ständige Anpassung der Lerninhalte in der Berufsschule.

## Lehre, Wissenschaft und Forschung als Investitionen in die Zukunft

Das geistige, soziale und wirtschaftliche Klima des Landes wird von den Universitäten und Fachhochschulen des Landes mitbestimmt. Liberale sind entchiedene Gegner der Reduzierung der Wissenschafts- und Forschungslandschaft. Das strukturschwache Mecklenburg-Vorpommern ist im besonderen Maße auf die Ausbildung und zukunftssträchtige Nutzung und Erweiterung seines geistigen Potentials angewiesen. Nur attraktive Hochschuleinrichtungen und wissenschaftliche Institute werben für den Bildungs- und Forschungsstandort Mecklenburg-Vorpommern.

Damit Hochschulen ihre Aufgaben wahrnehmen können, brauchen sie eine echte, weitreichende Autonomie. Hochschulfinanzierung bleibt eine staatliche Aufgabe, die mehr Mittel erfordert. Aber Hochschulen brauchen auch mehr eigene Verantwortung und Gestaltungsmöglichkeiten für die Aufstellung des Haushaltsvorschlages und die hochschulinterne Mittelverteilung. Hochschulen sind wettbewerbs- und leistungsorientiert zu führen.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Schaffung besserer finanzieller, studienorganisatorischer und materiell-tech-

nischer Voraussetzungen für einen ordnungsgemäßen Hochschulbetrieb;

- Verbesserung von Zusammenspiel und Arbeitsteilung zwischen den Einrichtungen;
- Förderung des Wissens- und Erfahrungsaustausches zwischen Hochschulen, insbesondere Fachhochschulen, und Unternehmen;
- Abschaffung des numerus clausus und Einführung der Autonomie der Hochschulen bei der Auswahl der Studienbewerber; Studienbewerber müssen sich ihre Studienplätze nach persönlicher Neigung und Ruf der Hochschule aussuchen können.
- weitgehende Personalautonomie, um von fremdgesetzten Stellenplänen unabhängig zu sein;
- regelmäßige Leistungsnachweise nach Zwischenprüfungen spätestens ab 4. Semester als frühzeitige Indikatoren der Eignung und Erfolgsaussichten der Studierenden;
- gebührenfreies Studium auf der Grundlage von Bildungsgutscheinen.

## Kultur: sozial, regional und weltoffen

Vom kulturellen Klima hängt wesentlich der Ruf eines Landes ab. Theater, Orchester, Museen, Bibliotheken, Klubs und Kinos in staatlicher oder privater Trägerschaft, aber auch Unternehmen tragen dazu bei. Ein Leben ohne Kultur, d.h. ohne Kunst, Sport, Erholung und Freizeit und ohne gegenseitige Verantwortung im Umgang miteinander, ist für Liberale nicht vorstellbar.

Die F.D.P. fordert deshalb:

Die vielfältige Kulturlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern muß erhalten bleiben.

- Die öffentliche Kulturförderung ist zu bündeln. Jede öffentliche Förderung ist mit stärkerer wirtschaftlicher Eigenverantwortung der Kultureinrichtungen zu verbinden.

- Neben der öffentlichen Förderung setzen Liberale auf Sponsoren aus der Wirtschaft, private Mäzene, Fördervereine und Stiftungen.

Die steuerlichen Rahmenbedingungen zur Förderung von Kultur und Kunst sind zu verbessern, damit privates Vermögen dafür eingesetzt wird. Das Kultur- und Stiftungsförderungsgesetz

muß überarbeitet werden, d.h., „als besonders förderungswürdig anerkannte kulturelle Zwecke“ sind nicht anders zu behandeln als „mildtätige“ und „wissenschaftliche Zwecke“. Finanzielles Engagement für Kultur und Kunst ist steuerlich mit dem Sponsoring von Sport gleichzustellen.

- Einrichtungen der Jugendbildung und -freizeit sind auch künftig vom Land finanziell zu fördern, ebenso Seniorentreffs und Gesprächskreise wie auch Bildungsangebote für ältere Menschen.

**Sport und Freizeit** leisten einen gewichtigen Beitrag zu Erholung und Ausgleich.

### Sozialpolitik: wirksam und bezahlbar

**Die beste Sozialpolitik ist die Schaffung von Arbeitsplätzen** und sorgt für ein zukunftsfreundliches Klima durch die Entlastung von Familien mit Kindern. Dazu gehören die Einführung des steuerlichen Familien-Splittings und die Anerkennung der Hausfrauentätigkeit als Arbeit.

Liberale Sozialpolitik bringt Leistungsprinzip und Fürsorge für diejenigen Menschen in Einklang, die aufgrund von Behinderung, Krankheit oder sozialen Benachteiligungen am gesellschaftlichen Leben nur bedingt teilhaben können.

Die F.D.P. setzt sich vorrangig für Hilfe zur Selbsthilfe ein und damit für Hilfe im häuslichen Umfeld, gefördert durch die öffentliche Hand. Das Subsidiaritätsprinzip gilt für Liberale als beste Methode der Problembewältigung. Es gilt die Rangfolge: Selbsthilfe und kommunale Verantwortung vor Landesmaßnahmen.

Die Kreativität der freigemeinnützigen Vereine und Verbände sowie ihre Nähe zum Bedürftigen sind in der Regel wirksamer als staatliche bzw. kommunale Trägerschaften.

Die Landes-F.D.P. sieht es als ihre besondere Aufgabe an, die Bundesgesetzgebung im Bereich der Renten, der Krankenkassen, der Sozial- und Kriegsopferfürsorge zu beeinflussen, um sowohl soziale Ausgewogenheit als auch wirt-

Ein Gemeinwesen braucht Sport- und Freizeitverbände. Besonders der Schulsport hat wichtige Aufgaben bei der Sozialisation der Kinder. Der Breiten- und Leistungssport nimmt mit seinen freiwilligen Helfern und ehrenamtlichen Übungsleitern gesellschaftliche Aufgaben wahr, die der Staat nicht allein bewältigen kann.

Die F.D.P. ermuntert daher ausdrücklich privatwirtschaftliches und ehrenamtliches Engagement im Sport. Wir halten es für kurzfristig, öffentliche Zuwendungen im Bereich der vorbeugenden Sozialarbeit durch Sport- und Freizeitvereine zu kürzen, um sie dann im nachsorgenden Bereich erhöhen zu müssen.

schäftliche Vertretbarkeit zu erreichen. Beratungsdienste für Bedürftige sind beizubehalten.

Die **Reform des Gesundheitswesens** muß der bestmöglichen Versorgung der Patienten dienen. Wegen des Kostenanstiegs infolge demographischer Entwicklung und medizinisch-technischen Fortschritts sind die Mittel der Gemeinschaft der Versicherten auf notwendige Leistungen zu begrenzen. Die Versicherten sind an weitergehenden Leistungen sozialverträglich zu beteiligen.

Wir brauchen keine Deckelung der Ausgaben für ärztliche Leistungen, sondern mehr Kostentransparenz für den Versicherten.

Zur Kostenminimierung und Effektivierung im Gesundheitswesen tragen bei:

- Aufwertung der ambulanten ärztlichen Tätigkeit;
- Förderung von Gemeinschaftspraxen und Praxisgemeinschaften zur besseren fachärztlichen Versorgung und Einsparung von Wegezeiten;
- gleiche Wettbewerbsbedingungen für Krankenhaus und ambulante Praxis bei stärkerer Vernetzung von ambulanten, stationären und teilstationären Angeboten;

- mehr Mitspracherecht von Kassen und Leistungserbringern hinsichtlich Standortwahl und Krankenhausbettenplanung;
- Vielfalt der Trägerschaft von Kranken-

häusern bei Wahrung flächendeckender Versorgung;

- Ausbau der altersmedizinischen Versorgung durch verstärkte Entwicklung der Geriatrie.

### 3. Bürger machen Staat

**Nicht der Staat gewährt den Bürgern Freiheit, sondern die Bürger gewähren dem Staat Einschränkungen ihrer Freiheit.**

Die F.D.P. setzt auf Eigenverantwortung des einzelnen und gesellschaftlicher Gruppen. Der Staat hat nur solche Aufgaben zu erfüllen, die nicht anders geleistet werden können. Nicht die Kosten sind der Maßstab für Reformen, sondern die Notwendigkeit der Aufgabenerfüllung.

Die F.D.P. will eine **effiziente und leistungsfähige Landesverwaltung**. Hierzu gehört die weitgehende Vereinfachung des öffentlichen Dienstrechts. Nur solche Landesbedienstete müssen Beamte sein, die Eingriffs- und Hoheitsbefugnisse innehaben. Hoheitliche Befugnisse erfordern eine besondere staatliche Verantwortung für die Rechte des einzelnen Bürgers. Daher lehnt die F.D.P. die Schaffung einer Hilfspolizei ab.

Für die F.D.P. Mecklenburg-Vorpommern ist die **Innere Sicherheit** eine wesentliche Bedingung für die aktive und verantwortungsvolle Teilhabe des einzelnen an der Gesellschaft. Bedrohung der Sicherheit ist ein Angriff auf die Freiheit der Persönlichkeit und der gesellschaftlichen Entwicklung. **Jeder Angriff auf die bürgerlichen Grundfreiheiten Leben, Freiheit und Eigentum ist abzuwehren.** Die Kriminalitätsverhütung muß zusammen mit einer effektiven Gefahrenabwehr und Strafverfolgung einen wirksamen Schutz der Bürger gewährleisten.

Freiheit des einzelnen bedeutet auch Freiheit von Furcht für Leben, Gesundheit und Eigentum. Zum Schutz dieser Freiheitsrechte bedarf es nicht stets neuer, sondern der konsequenten Anwendung vorhandener Gesetze.

Die F.D.P. fordert Ortsnähe der Polizei und

daher grundsätzlich die Beibehaltung der derzeitigen Polizeistruktur. Die Präsenz von Fußstreifen in den Kommunen führt zu mehr Sicherheit und einer Abnahme von Straftaten. Die F.D.P. fordert daher, die Fußstreifen durch besonders geschulte Beamte zu intensivieren.

Im Benehmen mit dem Bundesgrenzschutz und den Zollfahndungsämtern ist eine grenznahe Hinterlandkontrolle an der Staatsgrenze zu Polen zu errichten. Dieses gilt gleichermaßen für das grenznahe Hinterland der Häfen.

Justiz hat, wie alle öffentliche Gewalt, bürgernah zu sein. Die Erreichbarkeit der Justiz muß sichergestellt sein. Die F.D.P. fordert daher:

- eine Residenzpflicht für Richter und Staatsanwälte, die auch dienstrechtlich durchgesetzt werden kann;
- die Rücknahme der letzten Justizstrukturreform, da sie keine Kosten spart, sondern zu neuen Folgekosten führt und ein Stück Bürgernähe abbaut.

Der Gewaltkriminalität bei Kindern und Jugendlichen muß aus Gründen des Opfer- und Jugendschutzes wirksam gegengesteuert werden. Straffällig gewordenen Kindern und Jugendlichen ist Hilfe zur Wertefindung in pädagogisch besonders betreuten geschlossenen Einrichtungen zu gewähren.

**Liberale Politik ist Bürgernähe.** Für das Flächenland Mecklenburg-Vorpommern bedeutet das für die Kommunalverwaltung die Durchsetzung des „Vor-Ort-Prinzips“. Gerade in dem stark ländlich geprägten Raum ist die Kompetenz der Amtsverwaltungen zu stärken, denn die Großkreise sind nicht in der Lage, gleiche Lebensbedingungen in ihrer Fläche zu schaf-

fen, weil die Probleme innerhalb des Kreisgebietes oftmals erheblich voneinander abweichen.

Aufgaben, die zur Erreichung oder Erhaltung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land nicht zwingend notwendig in staatlicher Hand verbleiben müssen, sind zu privatisieren. Die Bürger können so von Kosten der Daseinsvorsorge entlastet werden.

Genehmigungsverfahren nach landesrechtlichen Bestimmungen sind zu vereinfachen. Bürokratische Hemmnisse sind abzubauen, denn die öffentliche Verwaltung hat im Dienst für den Bürger als Service-Leistung des Staates zu erfolgen. Immerhin zahlt der Bürger mit Abgaben und Steuern für diese Leistung. Zur Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung gehört auch die Anpassung der Behördenöffnungszeiten an die tatsächlichen Bedürfnisse.

Die **Kommunalverwaltung** muß sich durch besondere Bürgernähe auszeichnen. Die kommunale Selbstverwaltung muß gestärkt und der Einfluß übergeordneter staatlicher Ebenen eingeschränkt werden.

Die Direktwahl von Bürgermeistern und Landräten in Mecklenburg-Vorpommern ist ein Schritt in Richtung direkter Bürgerbeteiligung, der von den Liberalen angeregt worden ist. Wir wehren uns dagegen, daß das Land die Selbstverwaltung der Kommunen immer mehr aushöhlt.

Damit die Bürger mehr Einfluß auf die Gestaltung der Kommunalpolitik nehmen können, fordern wir außerdem:

- die Gleichstellung von Listen- und Einzelbewerbern bei Kommunalwahlen;
- die Offenlegung von beruflichen Abhängigkeiten, wirtschaftlichen Bindungen und Ehrenämtern der gewählten kommunalen Vertreter;
- eine Aufwertung des Ehrenamtes durch Anerkennung der Amtszeiten, die sich auch materiell (z.B. bei der Rentenberechnung) auswirkt;

- die Verankerung von Jugendparlamenten und Seniorenbeiräten in den Gemeinden.

Soweit Ausländer kein kommunales Wahlrecht haben, müssen Ausländerbeiräte ein Anhörungsrecht in den Kommunen erhalten.

Eine funktionierende kommunale Selbstverwaltung kostet Geld. Die finanzielle Belastung der Kommunen hat die Grenze der Leistungsfähigkeit der meisten Städte, Kreise und Gemeinden erreicht.

Die F.D.P. fordert daher:

- den Stopp von Leistungsgesetzen durch das Land, durch die den Kommunen weitere finanzielle Lasten aufgebürdet werden;
- einen unbürokratischen Finanzausgleich, der unterschiedliche Voraussetzungen für kommunale Umlagen, wie z.B. das Verhältnis von Einwohnern zur Fläche, zeitnah berücksichtigt;
- die Abschaffung der Gewerbesteuer bei gleichzeitiger Erhöhung des kommunalen Anteils an Landes- und Bundessteuern;
- eine Rechtsnorm mit Verfassungsrang, nach der den Gemeinden, Städten und Landkreisen nur dann Aufgaben zugewiesen werden können, wenn sie mit den hierfür erforderlichen Mitteln (einschließlich Verwaltungskosten) ausgestattet werden;
- ein Nutzungsentgelt der Versorgungsunternehmen für die Kommunen bei der Inanspruchnahme gemeindlicher, städtischer und kreiseigener Grundstücke (wie Straßen und Wege);
- ein Schulfinanzierungsgesetz, das die Schulträger wirklich in die Lage versetzt, ihre Aufgaben zu erfüllen.

Die F.D.P. setzt sich für die ständige Fortschreibung der Funktionalreform mit der Übertragung von Zuständigkeiten auf Landkreise, Städte und Gemeinden ein - und damit für kurze Verwaltungswege.